

Kolleginnen und Kollegen! Beachtet die statistischen Fragebogen

angehörigen und Betriebe. Sorgt dafür, daß auch vom kleinsten Ort gewissenhafte Angaben gemacht werden. Kein Ort des Deutschen Reiches, in dem Berufsangehörige beschäftigt werden, darf fehlen.

und die Konsumgenossenschaft wird ihre Einrichtungen zum Betrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minder besoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandbild in geeigneter Rahmung, wie auch zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Gewerkschaften angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischem Empfinden gemäße Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtsfest erscheinen.

Wir begrüßen die neue Kulturlösung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Risikant der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbeteiligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gessittung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Künstlerleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen veräußerten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.

Internationales.

Arbeitsaufnahme im Ausland.

Im Juni fanden in Kopenhagen Verhandlungen mit dänischen Gewerkschaftsführern statt. Von letzteren wurde unter anderem Beschwerde geführt, daß aus Deutschland zureisende Arbeiter sich vor der Annahme von Arbeit vielfach nur ungenügend oder gar nicht über die Arbeitsbedingungen in Skandinavien unterrichten und daher zu Bedingungen Stellen angetreten, die zum Teil weit hinter den tariflichen Festsetzungen der skandinavischen Arbeiter zurückbleiben. Die Folge ist eine wesentliche Schädigung der einheimischen Arbeiter, die weitere aber für die in Arbeit Treten, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Mitgliedschaft solcher Ausländer ferner nicht mehr anerkennen wollen. Um also unsere Mitglieder, die angebotene Stellen im Ausland annehmen wollen, vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir sie, Stellung im Ausland nur unter tariflichen Bedingungen und nach vorheriger Anfrage bei ihren Hauptvorständen anzunehmen. Letztere werden sich am

„Was wir nur sollen? Hier ist doch nichts zu sehen“, bemerkte einer der Unternehmer.

„Das ist es gerade, was Sie sehen sollen,“ antwortete ihm der Wortführer der Arbeiter.

Frau Lamm machte bei alledem ein sehr unglückliches Gesicht, sie wußte nicht, wie ihr geschah. „Hätt' ich das gewußt, hätt' ich das gewußt, daß so Deut' kommen, dann hätt' ich doch...“

Lamm, der Vater, aber schob sie beiseite. Die Arbeitgeber schnitten Gesichter, als bekämen sie insgeheim Daumenschrauben aufgelegt. Der Vorsitzende sagte immer: „Sehr interessant, sehr interessant.“ Aber er meinte damit wohl mehr das, was er nicht sah, als das Elend, das aus allen Eden hervorgrinsfte.

Inzwischen waren die Herrschaften in das Schlafzimmer getreten. Hier sahen sie Spuren früheren Wohlstandes. Die Bettgerüste — auch die für die Kinder — waren noch aus guten Zeiten. Was sich aber als Inhalt den Betten darbot, sprach allen Indegziffern Hohn. Es war mehr als dürftig, trotz der vielfachen Versuche, den Zwirn als Ersatz für das Weinen dienen zu lassen.

Das Gefühl der bedrückendsten Armut legte sich hier auf jede Brust; alle empfanden, ohne daß ein Wort geredet wurde, wie tief unser Volk gesunken ist. „Dabei ist dies noch eine Familie, die ihren arbeitenden Vater hat,“ sagte der Vorsitzende leintaut vor sich hin.

Peinliches Schweigen. Einer sah angestrengt auf

besten über den jeweiligen Stand der Dinge in den betreffenden Ländern durch periodische Rückfragen bei den internationalen Berufsekretariaten unterrichten können.

Rumänien. Von einem seit Jahren in Rumänien ansässigen Kollegen geht uns folgender beachtenswerter Bericht zu. Rumänien, heute wie früher eines der gesegneten Länder Europas, zieht heute die Aufmerksamkeit mancher älteren und jungen auswanderungslustigen Kollegen auf sich. Mancher mit den Verhältnissen und der Sprache nicht Vertraute hat sein Bündel geschmürt, den lästigen Brot- und Steuermarken den Rücken gekehrt, um hier große — Enttäuschungen zu erleben. Ist vor der Auswanderung nach Rumänien auf gut Glück schon unbedingt abzuraten, so ist ebenso bei Annahme einer Anstellung ohne vorherige genaue Kenntnis der Verhältnisse die größte Vorsicht zu beachten. Ein großer Teil der hiesigen Unternehmer steht heute auf dem Standpunkt, dem deutschen Arbeiter alles bieten zu dürfen. Sie machen bei schriftlichen oder in Deutschland persönlich erfolgenden Anstellungen deutschen Personals Versprechungen, an deren Erfüllung sie niemals denken. Das Gesetz ist der Geldbeutel, und wer den größten hat, hat auch das größte Recht, so daß sich auf dem Klagewege nichts erreichen läßt. Ein großer Teil fremd Zugezogener, hauptsächlich Oesterreicher, hat, falls die vorhandenen Mittel noch zur Rückreise reichten, diese wieder angetreten. Andernfalls sind sie hier dem Elend und der Willkür preisgegeben. Zu diesen rein persönlichen kommen noch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Infolge einer grenzenlosen Spekulation ist die Teuerung prozentual um ein mehrfaches größer als in Deutschland. Der Dritte im Bunde ist die Wohnungsnot. Eine gute Organisation sowie Gesetze auf diesem Gebiet bestehen nicht, so daß auch hier der Spekulation Tür und Tor geöffnet sind. Hat jemand das Glück, nach wochenlangem Suchen eine Wohnung zu finden, so kann er meistens den verlangten Mietpreis von 800 bis 2000 Lei monatlich (ein Jahr voraus zahlbar) nicht aufbringen und dabei ist dies durchaus keine deutsche Halb-Etage. Mit altem Kontrakt wohnt man noch verhältnismäßig billig; der Neuzuziehende erweist sich aber nicht dieses Glückes. Nach all diesen Verhältnissen ist zur Führung eines einigermaßen erträglichen Lebens ein monatliches Einkommen von mindestens 3500 Lei erforderlich. Wird dies trotzdem einem Kollegen geboten, so hat er in seinen jetzigen Verhältnissen nichts gebessert. Er soll sich deshalb die ganze Sache nicht nur einmal überlegen und seine Ausreise schließlich und endlich auf bessere Zeiten, die auch hier wieder, allerdings erst in Jahren, kommen können, verlegen.

Tschechoslowakei. Ueber stattgefundene Einigungsverhandlungen zwischen dem Verband

den Boden, der zweite drängte zur Tür, und der dritte Unternehmer versuchte seine Verlegenheit dadurch abzustreifen, daß er einige Papiermark für die Kinder sammeln wollte.

„Nein, nein,“ wehrte Lamm ab; „diese volkswirtschaftliche Führung war kostenlos. Ich wollte Ihnen nur zeigen, daß ich meine Indegziffer genau kenne. Deshalb wundere ich mich wegen Ihres Streites, ob wir einige Punkte höher oder tiefer stehen. Wir hier fallen immer tiefer, ob ruhig das Fett oder das Fleisch oder die Schuhe etwas billiger werden, ehe die Not geändert wird...“ Er machte eine kleine Pause und fügte dann als Bollenzung hinzu: „Dabei ist meine Frau ein Junge in Spararmut.“ „Sie haben auch fünf Kinder,“ sagte einer der Unternehmer. Es klang beinahe wie ein Vorwurf. „Weiß ich nur drei, war's nicht besser; dann hätte ich meine Ansprüche ein klein wenig dem höheren Durchschnitt angepaßt. Der Grad der Verzweiflung wäre der gleiche. Ich arbeite nur um das bißchen Essen.“

Die Kommission verabschiedete sich. Was die Arbeitgeber und der Unparteiische während des Mittagessens verhandelt haben, wird niemals ein Mensch erfahren. Als sich die Sieben um drei Uhr wieder trafen, wurde jedenfalls das Wort Indegziffer nur mit größter Schonung erwähnt. Lamm selbst sprach kein Wort mehr, er sah als warnendes Beispiel da; er wirkte so gut genug. Jedenfalls war seine Beweisführung völlig gegliedert.

der Buchbindergehilfen usw. Prag und der „Graphischen Union“ Reichenberg berichtet die „Buchbinder-Rundschau“ des tschechoslowakischen Verbandes folgendes: Bekanntlich war im alten Oesterreich der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den zentralen gewerkschaftlichen Organisationen vereinigt. Der politische Umsturz nach dem unglückseligen Weltkrieg führte zur Bildung neuer Sukzessionsstaaten aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und zerriff damit das Band, das bisher die Mitglieder in den Sudetländern an die zentralen gewerkschaftlichen Organisationen knüpfte. Während nun der größte Teil der Mitglieder der ehemaligen zentralen Organisationen sich an die bestehenden tschechischen Gewerkschaftsorganisationen anschloß, vermeinte der andere Teil, namentlich aus den deutschen Gebieten Böhmens, sich aus politischen und nationalen Gründen den bestehenden tschechischen Verbänden nicht anschließen zu können und gründete selbständige Gewerkschaftsorganisationen. Auch in den Reihen der graphischen Arbeiterschaft, mit Ausnahme der Buchdrucker, denen es gelungen ist, sich ihre einheitliche Organisation zu wahren, kam es zur Spaltung und im September 1919 zur Gründung der „Graphischen Union“ in Reichenberg. Schon anlässlich der Prager Tarifverhandlungen im Januar 1920 kam es zu einem Versuch, eine Einigung zwischen dem Prager Buchbinderverband und der „Graphischen Union“ herbeizuführen. Die Verhandlungen scheiterten aber damals an dem Widerstand der Vertreter der „Graphischen Union“. Beide Organisationen meldeten ihren Beitritt zur internationalen Buchbinderföderation an und beide wurden am internationalen Kongreß zu Bern im Oktober 1920 provisorisch bis zum nächsten internationalen Kongreß aufgenommen. Gleichzeitig wurde der internationale Sekretär beauftragt, eine Einigung zwischen den beiden Verbänden zu versuchen. Diese Einigungsverhandlungen fanden am 12. September in Prag statt. Wohl konnte auch diesmal eine endgültige Beschlussfassung nicht zustande kommen, da die Vertreter der „Graphischen Union“ mit dem hierzu nötigen Mandat nicht betraut gewesen waren. Immerhin ist eine Annäherung zu konstatieren, die die Schlussfolgerung gestattet, daß die nächste nach sechs Wochen stattfindende neuerliche Konferenz, an der außer dem internationalen Sekretär der Buchbinder auch der internationale Sekretär der Lithographen und Steindruckere teilnehmen wird, die gewünschte Einigung, d. h. die Verschmelzung der beiden Verbände herbeiführen wird.

Im Interesse der Schlagkraft der tschechoslowakischen Kollegenschaft ist diese Einigung dringend zu wünschen.

Tschechoslowakei. Wie wir der Wiener „Einigkeit“ entnehmen, feierte der Prager Verband der Buchbinder und verwandten Berufe für die tschechoslowakische Republik in diesen Tagen den 25jährigen Bestand der Buchbinderorganisation in Prag und Böhmen. Aus Anlaß dieses geschichtlichen Zeitabschnittes gab der Prager Zentralausschuß eine umfangreiche Denkschrift heraus mit der ausführlichen Darlegung der Entwicklung seiner Gewerkschaft. In zahlreichen interessanten Beiträgen mehrerer alter Funktionäre wird hier der Werdegang und die Umwandlung der Prager Gewerkschaft von dem ehemaligen Unterhaltungsverein „Beseda“ zur heutigen ersten Kampforganisation geschildert. Unsere Prager Bruderorganisation hatte damals nicht allein gegen die Indolenz der Arbeiterschaft und eine stupide Unternehmerrschafft schwer zu kämpfen, sondern ihre Kraft und ihr Vorwärtskommen lähmte auch noch eine tschechisch-nationale Trutzorganisation. In den einzelnen Jahresabschnitten wird auch mehrmals der Zugehörigkeit zum Reichsverband der Buchbindervereine Oesterreichs und der Sezession des Prager Vereins Erwähnung getan und die gewerkschaftliche Tätigkeit mit vielen Lohnarten, geschichtlichen Begebenheiten und statistischen Zahlen dokumentiert. Das typographisch ausgestattete Werk schmückten zwei Bilder: des gründenden und gegenwärtigen Ausschusses.

Wir beglückwünschen unsere Kollegenschaft in der Tschechoslowakei zu ihrem Festtag.

Abrechnung der Verbandskasse.

Table with columns for 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses). Includes items like 'Eingeliefert von den Zahlstell. u. Gauen', 'Reichstaxi', 'Kassentaxi', etc. Total sum: 979 196,26 M.

Table with columns for 'Ausgaben' (Expenses). Includes items like 'Gehälter und Zulagen der Beamten', 'Einnahmegerichte an Verbandsvorstand', 'Umzugskosten des Koll. Scheibe', etc. Total sum: 493 677,96 M.

Table with columns for 'Bilanz' (Balance Sheet). Includes 'Raffensbestand am 31. März 1921', 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Raffensbestand am 30. Juni 1921', and 'Die Revisoren'.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Main table with columns: 'Zentrale Nummer', 'Name des Ortes', 'Mitgliederzahl am Quartalsabschluss', 'Summa der Einnahmen', 'Summa der Ausgaben einschließlich Eingeliefert', 'Eingeliefert an die Verbandskasse', 'Am Orte behalten für nächste Quartal', 'Guthaben fürs nächste Quartal'. Lists various locations like Berlin, Danzig, Frankfurt a. d. Ober, etc.

vom 2. Quartal 1921.
der Zahlstellen.

Gaulenre-Nummer	Name des Ortes bzw. Gaues	Mitgliederzahl am Quartalschluß		Summa der Einnahmen		Summa der Ausgaben einschließlich Eingeliefert		Eingeliefert an die Verbandskasse		Am Orte behalten fürs nächste Quartal		Guthaben fürs nächste Quartal	
		männl.	weibl.	RM.	ℳ.	RM.	ℳ.	RM.	ℳ.	RM.	ℳ.	RM.	ℳ.
91	Sanau	143	209	10085	90	11283	42	9775	42	576	05	—	—
92	Heidelberg	51	26	2523	40	1991	95	1507	15	2082	08	—	—
93	Kaiserlautern	18	58	1728	90	2186	79	2000	—	1267	69	—	—
94	Stadel	43	13	2076	70	1990	60	1795	30	581	40	—	—
95	Nirchheimbolanden	21	3	759	40	570	69	500	—	303	96	—	—
96	Limburg	14	9	666	60	692	40	630	—	84	30	—	—
97	Wainz	68	180	4398	70	4046	42	3000	—	1052	60	—	—
98	Mannheim-Ludwigshafen	142	167	8644	40	9587	12	8000	—	10469	19	—	—
99	Marburg	15	16	836	90	1115	85	867	55	557	30	—	—
100	Neustadt-Quardt	22	—	931	—	1127	15	957	35	561	19	—	—
101	Birmasens	8	3	—	—	500	—	500	—	—	210	58	—
102	Zaarbrücken	49	31	2786	40	6015	12	5702	09	7649	15	—	—
103	Zaarlaus	20	—	794	60	105	45	—	—	136	95	—	—
104	Wiesbaden	55	52	3197	10	3106	88	2500	—	2937	92	—	—
105	D. Gau Thüringen	46	21	2386	90	430	94	—	—	1874	61	—	—
106	Wittenburg i. S.-M.	22	32	1386	20	1393	40	999	75	18	80	—	—
107	Arnstadt	17	86	825	40	1107	26	900	—	271	38	—	—
108	Eilenach	13	8	636	—	708	30	550	—	9	05	—	—
109	Eisenberg i. S.-M.	159	137	7315	70	8766	67	1500	—	2087	24	—	—
110	Erfurt	78	110	4646	50	5745	30	5000	—	5064	38	—	—
111	Hechen	9	18	540	20	570	02	500	—	7	02	—	—
112	Gera	59	154	5587	70	5084	98	4000	—	5543	94	—	—
113	Göppingen i. S.-M.	81	27	1990	40	1990	40	1769	70	—	—	—	—
114	Göttingen	51	82	3720	70	647	56	—	—	6975	45	—	—
115	Grafenhain i. S.-M.	6	9	345	10	566	65	311	95	27	06	—	—
116	Greiz	16	19	1003	20	737	20	641	70	897	70	—	—
117	Halle a. d. Saale	142	479	12711	60	14932	05	12000	—	1901	55	—	—
118	Amtenau	34	52	1793	30	3264	90	3004	10	896	30	—	—
119	Jena	31	11	1154	20	1270	21	1050	—	280	20	—	—
120	Noburg	15	15	579	20	549	95	450	—	410	45	—	—
121	Langensalza	21	32	1448	90	1651	09	1000	—	420	15	—	—
122	Wittkowsen i. Th.	17	83	2205	40	2427	75	2133	85	201	85	—	—
123	Worbis	15	37	1374	10	1084	50	835	40	1823	40	—	—
124	Woda i. S.-M.	3	17	284	10	381	83	203	—	205	40	—	—
125	Wundtshausen	9	14	894	30	330	65	200	—	269	48	—	—
126	Wurda	25	20	1078	90	2464	46	2045	36	707	20	—	—
127	Zaatal a. d. Saale	18	—	778	40	518	75	414	95	674	00	—	—
128	Zschütz	85	42	2649	20	3348	20	2900	—	1320	45	—	—
129	Zschöckel	14	23	814	40	834	30	686	30	871	13	—	—
130	Zschöckel	7	08	1232	70	1292	—	1000	—	554	50	—	—
131	Zschöckel	103	20	3428	30	3988	85	3500	—	930	52	—	—
132	Zschöckel	47	35	3008	20	3008	20	2449	30	—	—	—	—
133	Zschöckel	8	—	293	50	719	42	—	—	—	—	128	85
134	Zschöckel	24	92	2407	50	2213	70	1517	90	1711	70	—	—
135	10. Gau Sachsen	291	517	14914	10	16393	85	7843	15	6363	90	—	—
136	Annaberg-Buchholz	1120	680	44755	10	41958	48	—	—	6014	67	—	—
137	Aue i. Erzgeb.	28	128	2843	30	2546	10	2100	—	668	55	—	—
138	Burgstädt	57	52	2659	90	2653	40	2000	—	1278	05	—	—
139	Chemnitz	319	887	27829	30	31381	50	23385	50	5802	57	—	—
140	Chemnitz	21	199	5135	—	4194	04	3500	—	1056	42	—	—
141	Dresden	1033	5709	133681	70	128803	01	91420	—	23678	23	—	—
142	Ebersbach-Neugersdorf	27	35	1706	—	1548	45	1300	—	330	85	—	—
143	Eisenberg i. Sa.	10	9	1066	80	768	04	496	14	794	90	—	—
144	Flaun	28	22	1466	20	1970	70	1313	05	811	39	—	—
145	Grünna	62	226	5612	80	6079	93	5180	48	913	35	—	—
146	Hainichen	10	49	1488	60	1423	55	1192	—	1319	30	—	—
147	Heppig	2849	5095	189934	80	182933	—	47583	60	2298	46	—	—
148	Hilbersdorf	107	150	5373	70	7175	96	4459	87	2657	61	—	—
149	Heiden	27	81	1814	80	1861	—	1500	—	520	66	—	—
150	Heiden	24	79	2338	60	2647	30	1800	—	1115	15	—	—
151	Eberwiesenthal	39	39	319	90	455	20	—	—	—	104	69	—
152	Hainichen	194	114	6672	70	6295	70	2500	—	2897	32	—	—
153	Hainichen	17	14	687	90	817	86	750	—	308	22	—	—
154	Zeitz	10	—	363	10	514	50	300	—	410	34	—	—
155	Zeitz	6	136	3053	60	2611	40	2078	—	2653	15	—	—
156	Zeitz	6	12	336	60	328	09	—	—	142	31	—	—
157	Zeitz	69	397	8394	60	7966	—	5000	—	506	04	—	—
158	Zeitz	27	28	1711	60	1745	55	1450	—	276	95	—	—
159	Zeitz	50	158	5115	80	4092	75	4000	—	669	90	—	—
160	11. Gau Württemberg und Baden	51	40	2714	—	106	25	—	—	2007	75	—	—
161	Woll	31	58	1617	90	159	99	—	—	1457	91	—	—
162	Freiburg i. Br.	59	59	2813	40	1420	80	4	—	2479	85	—	—
163	Heppig	118	166	6250	50	10925	95	9542	70	8548	66	—	—
164	Heppig	445	680	25831	20	25247	88	18000	—	7209	18	—	—
165	Heppig	215	618	19657	20	16165	87	7700	—	7535	39	—	—
166	Heppig	84	977	6570	20	7278	80	6500	—	4150	60	—	—
167	Heppig	40	100	2163	10	2788	60	1800	—	1566	—	—	—
168	Heppig	414	746	27062	20	29769	22	17000	—	—	2009	84	—
169	Heppig	252	198	12806	10	13500	30	11000	—	1152	20	—	—
170	Heppig	92	45	4917	50	5089	30	3000	—	2292	65	—	—
171	Heppig	1117	1729	76790	50	57231	77	28103	85	26296	89	—	—
172	Heppig	204	633	16477	—	17229	30	11006	—	9447	07	—	—
173	Heppig	18	44	1430	40	1454	38	1318	—	304	09	—	—
174	12. Gau Nordbairern	49	23	2214	40	2205	82	2000	—	1647	85	—	—
175	Bayreuth	8	21	781	70	952	—	558	50	801	94	—	—
176	Bayreuth	20	16	887	70	825	07	820	30	182	93	—	—
177	Bayreuth	122	171	5792	10	6877	30	3000	—	730	09	—	—
178	Bayreuth	404	2106	47601	—	46476	85	25000	—	3033	55	—	—
179	Bayreuth	34	40	1969	80	2556	25	1513	40	975	65	—	—
180	Bayreuth	11	32	840	50	822	55	700	—	347	06	—	—
181	Bayreuth	—	—	664	—	68	58	—	—	633	42	—	—
182	Bayreuth	63	110	3731	40	910	80	—	—	3471	95	—	—
183	13. Gau Südbairern	38	53	2659	70	3476	64	3000	—	1128	87	—	—
184	München	45	99	3378	10	2966	03	2000	—	1890	78	—	—
185	München	16	36	1349	90	1472	49	1150	—	204	25	—	—
186	München	526	1647	44633	80	35433	56	14000	—	4923	15	—	—
Summa		23780	54002	1772525	40	1697944	40	948441	81	412251	42	20339	86

Abschluß der Zahlstellen und Gaus.

Einnahmen.	
Eintrittsgelder	8 071,70 RM.
Beiträge	1 743 522,—
Extrabeiträge	—
Sonstiges	8 731,70
Zufuß aus der Verbandskasse	17 200,—
Summa	1 772 525,40 RM.
Am Ort behalten vom vorigen Quartal	381 025,03
Guthaben der Zahlstellen für das nächste Quartal	20 339,86
Summa	2 173 890,29 RM.
Ausgaben.	
Arbeitslohnunterstützung	245 207,05 RM.
Krankenunterstützung	51 877,55
Zusatzkostenunterstützung	8 900,—
Umzugsunterstützung	485,—
Sinterbesenenunterstützung	1 789,—
Rechtschutz	588,05
Gemahregelunterstützung	2 287,70
Extrainterstützung an Ausgetretene	4 628,55
Notstandsunterstützung	345,—
Für Streiks und Lohnbewegungen	59 622,54
Für außerordentliche Agitation	2 019,80
Zur Befreiung örtlicher Ausgaben	378 812,85
An die Verbandskasse eingeliefert	948 441,81
Summa	1 697 044,40 RM.
Guthaben der Zahlstellen v. vorigen Quartal	63 694,47 RM.
Am Ort behalten für das nächste Quartal	412 251,42
Summa	2 173 890,29 RM.

Zur Abrechnung vom 2. Quartal 1921.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 30. Juni 23 780 männliche und 54 002 weibliche, zusammen 77 782 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 31. März ist ein weiterer Rückgang in der Mitgliederzahl um 134 bei den männlichen und 930 bei den weiblichen, zusammen um 1064 Mitglieder zu verzeichnen. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

aus der Verbandstasse, auf 1755 325,40 M. Die erhaltenen Zuschüsse betragen 17 200 M.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 245 207,05 M. und für Krankenunterstützung 51 877,55 M. Diese Summen verteilen sich auf die einzelnen Beitragsklassen in folgender Weise:

Arbeitslosenunterstützung:

1. Klasse männl.	891,50 M.	weibl.	1 002,-- M.
2. " "	424,-- " "	" "	4 438,85 " "
3. " "	3 940,20 " "	" "	77 930,-- " "
4. " "	24 647,-- " "	" "	-- " "
5. " "	182 433,50 " "	" "	-- " "
Zus. männl.	161 880,20 M.	weibl.	83 370,85 M.

Krankenunterstützung:

1. Klasse männl.	81,50 M.	weibl.	287,40 M.
2. " "	50,40 " "	" "	1 482,40 " "
3. " "	421,00 " "	" "	33 551,25 " "
4. " "	1 644,25 " "	" "	-- " "
5. " "	14 378,75 " "	" "	-- " "
Zus. männl.	16 556,50 M.	weibl.	35 321,05 M.

Invalidenunterstützung kam an 33 Kollegen im Betrage von 3900 M. zur Auszahlung.

Umgangsunterstützung wurde für fünf männliche Mitglieder in Höhe von 483 M. bewilligt.

Hinterbliebenenunterstützung wurde in 25 Fällen in Höhe von 1789 M. ausgezahlt.

Für Rechtsschutz war in 5 Fällen der Betrag von 533,05 M. zu zahlen.

Als Gemahregete wurden 3 männliche und 5 weibliche Mitglieder mit zusammen 2237,70 Mark unterstützt.

Als Extraprüfung für Ausgesteuerte kam noch der Betrag von 4623,55 M. zur Auszahlung, davon 2929,35 M. an männliche und 1694,20 M. an weibliche Arbeitslose.

Notstandsunterstützung wurde an 3 männliche und 1 weibliches Mitglied zusammen 345 Mark gezahlt.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden 59 622,54 M. verausgabt, davon für Streik-

unterstützung an 110 männliche Mitglieder 11 903,65 M. und an 189 weibliche Mitglieder 10 764,95 M., zusammen 22 668,60 M.

Für außerordentliche Agitation wurden 2019,80 M. aufgewandt. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 376 812,35 M. den Zahlstellen und Gauen beilassen werden. Der Verbandstasse wurden als Ueberschuß 948 441,81 Mark zugeführt. Als Vortrag für das 3. Quartal verblieben an den einzelnen Orten 412 251,42 M., dem ein Guthaben bei der Verbandstasse von 20 339,86 M. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandstasse weist an Einnahmen 979 196,26 M. und an Ausgaben 433 677,96 M. auf, so daß ein Ueberschuß von 545 518,30 M. verbleibt. Der Bestand der Verbandstasse erhöhte sich damit auf 4 031 642,95 M. Die in diesem Bestand enthaltenen Reserven für die Invalidenunterstützung haben sich um 57 078,60 M. auf 1 096 824,81 M. erhöht.

Fr. Bender.

Aus unserem Beruf.

Deutsche Einbandkunst.

Als erste Sonderausstellung des Berliner Schloßmuseums wurde am 5. September die Ausstellung des Jakob-Krause-Bundes, Vereinigung Deutscher Kunstbuchbinder, im Weißen Saale des Schloßmuseums eröffnet.

Die Ausstellung enthält an 120 historische Bucheinbände und rund 400 handwerkliche Buchbinderarbeiten, die von 53 Mitgliedern des Jakob-Krause-Bundes angefertigt sind. Eingeleitet wird die Schau neuzeitlicher Buchbinderarbeiten durch eine Gedächtnisausstellung, die den verstorbenen Mitgliedern des Bundes gilt, den beiden Meistern Georg Collin-Berlin und Ewald Ludwig-Frankfurt a. M. und dem im Kriege gefallenen Fritz Nisch-Danzig. Von dem Schuttpatron des Bundes, dem bedeutendsten deutschen Buchbinder der Renaissance, Jakob Krause, der von 1556 bis 1585 als Hofbuchbinder des Kurfürsten August von Sachsen wirkte, ist eine größere Reihe von Bucheinbänden zum Teil mit den dazugehörigen Kapiteln aus dem Besitz des Sächsischen Hauptstaatsarchivs, der Sächsischen Landesbibliothek und der Preussischen Staatsbibliothek zu sehen. 52 Bücher in kostbaren Einbänden hat die vormals Kgl. Hausbibliothek aus den Büchereien Friedrichs I., Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelms II., der Königin Luise, Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms II. zur Verfügung gestellt. Die von der Preussischen Staatsbibliothek Berlin ausgestellten Einbände sind Beispiele kunstgewerblicher Buchbinderarbeiten vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis zu den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Man sieht u. a. Einbände der venezianischen Frührenaissance, der berühmten Bücherfreunde Jean Grolier und Thomas Majoli, sowie von Berliner Buchbindermeistern des 19. Jahrhunderts. Wertvolle Einbände aus seinem Besitz zeigt auch das Schloßmuseum. Bei den von den Mitgliedern des Jakob-Krause-Bundes angefertigten Arbeiten überwiegen die Ganzledbände, die mit den Techniken der Handvergoldung, des Blinddrucks, der Lederfassung, der Lederintarsia oder durch Bemalung und Beizung verziert sind. Die eigentliche Verzierungstechnik des kunsthandwerklichen Bucheinbandes ist die Handvergoldung, die auch die historischen Einbände schmückt. Bei zahlreichen Einbänden ist die Verzierung aus Hunderten von einzelnen Handdrucken zusammengesetzt. Die Entwürfe zu den Verzierungen der Arbeiten stammen überwiegend von den Verfertigern. Außer Ganzledbänden sind auch Halbfranz- und Halbpergamentebände ausgestellt, ferner Pappebände und von den Ausstellern angefertigte Buntpapiere.

Der Jakob-Krause-Bund hat durch Ernst Collin für seine Ausstellung einen Katalog (Preis 5 M.) herausgeben lassen, der Beiträge enthält, die über die Herstellung und Verzierung handgearbeiteter Bucheinbände aufklären.

Für unsere Berliner Kollegenschaft bemerken wir, daß die Ausstellung bis 31. Oktober täglich, auch Sonntags, von 9 bis 3 Uhr geöffnet ist. Der Eintritt in das Schloßmuseum ist Mittwochs frei; Montags beträgt das Eintrittsgeld 5 M., Sonntags 1 M., an den übrigen Tagen 2 M.

Berichte.

Berlin. Die Kontobucharbeiter und Linierer hielten am 4. Oktober eine Versammlung ab mit dem Thema: „Die Bilanz des Kontobucharbeiterstreiks.“ Der Branchenleiter Czerny schilderte die Vorgeschichte und die Ursachen des Streiks. Er legte dar, wie die Kontobucharbeiter vor dem Kriege gleich entlohnt wurden mit den Kollegen der Druckerien, nach der Gründung des „Apl“ aber immer mehr ins Hintertreffen gerieten. Das löste immer größere Unzufriedenheit aus, die zuletzt zum Streik führte. Der Streik konnte, da der Tarifausschuß in Weimar bis zum 30. September abgeschlossen hatte, vom A. nicht anerkannt, sondern mußte als „wilder“ erklärt werden. Aber nicht nur die Berliner Kollegenschaft war mit den getroffenen Vereinbarungen unzufrieden, sondern eine ganze Reihe von Provinzstädten trat in Lohnkämpfe ein. Bei unserem Streik traten Landgericht und „Cipo“ in Aktion. Die Anfertigung von Streikarbeit in Berlin sowie in der Provinz wirkte lähmend auf den Verlauf des Streiks. Der Streik ist verlorengegangen. Das darf aber die Kollegenschaft nicht mutlos machen, sondern muß sie zu neuen Kämpfen anspornen, zumal sie allen Grund hat, neue Forderungen aufzustellen, da die getätigten Abmachungen durch die letzten Verhandlungen in der Kartonnagen- und Buchdruckbranche weit überholt sind. In der Kartonnagenbranche werden 90 Pf. bis 1,15 M. pro Stunde mehr als bei der „Apl“ gezahlt. Czerny kam zu dem Schluß, daß die Forderungen der Arbeiterchaft nicht durch Teil- und Gruppenstreiks durchgesetzt werden können, sondern nur ein Kampf auf der ganzen Linie hat Aussicht auf Erfolg.

Geldspiegel berichtete über die Kosten des Streiks, die sich auf 295 271,35 M. belaufen.

Hohnte bezeichnet den Streik nicht als verloren, sondern als eine Generalsprobe für kommende Kämpfe. Der Erfolg des Kampfes sei weniger ein materieller, dafür um so mehr ein moralischer.

Die Restsumme der Sammlung in Höhe von 11 552,55 M. müsse reiflos den Opfern des Streiks zur Verfügung gestellt und nicht, wie Kasper wünschte, zu einem Streikfonds für kommende Zeiten verwandt werden.

Czerny forderte in seinem Schlusswort die Kollegenschaft auf, wachsam zu sein, da man von der „Einigkeit“ nächstehender Seite versuchen will, den § 48 des Statuts zu Fall zu bringen, der den Mitgliedern das Recht gibt, ihre Angestellten jedes Jahr neu zu wählen.

Hamburg-Altona. In einer überaus stark besuchten Versammlung referierte unser Verbandsvorsitzender Kollege Hauelsen, Berlin, über die künftigen Aufgaben des Verbandes. Einleitend wies er darauf hin, daß die Gewerkschaften große Aufgaben zu erfüllen haben werden. Trotz der leidigen politischen Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung sei es möglich gewesen, die Zersplitterung von den Gewerkschaften fernzuhalten und diese selbst zu einem Machtfaktor zu gestalten, mit der die wirtschaftlichen und politischen maßgebenden Stellen rechnen müssen. Hauelsen behandelte eingehend die Fragen, die zur weiteren Ausgestaltung der Gewerkschaftsbewegung und unseres Verbandes geeignet sind. Er brachte zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften mehr als je bisher die Förderung der Gemeinwirtschaft zur Ueberwindung des Kapitalismus betreiben müßten. Das Unternehmertum habe sich in großen Verbänden zusammengeschlossen und stehe der Arbeiterchaft mächtig gegenüber. Der Tarifpolitik der Gewerkschaften müßte ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. In dem Gedanken der Reichstari-

befindet sich in hohem Maße Gemeinschaftsinn, der weiterhin gepflegt werden müsse. Gerade unser Verband habe in großem Maße ein Interesse daran, daß in den vielen Hunderten von Orten und Betrieben eine nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelte Lohnpolitik getrieben werde, die den wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen in weitestgehendem Maße Rechnung trage.

Zu dem zurzeit in Hamburg-Altona bestehenden Konflikt im Buchdruckgewerbe, an dem aus 65 Betrieben gegen 600 unserer Kollegen und Kolleginnen beteiligt sind, bemerkt er, daß auch der Vorstand des Verbandes kein Verständnis dafür aufzubringen vermöge, daß Hamburg, das in bezug auf Lebenshaltungskosten Berlin in keiner Weise nachstehe, mit weit niedrigeren Löhnen in den Tarifverträgen eingestellt sei. Der Tarifausschuß hätte bei den mehrfachen Verhandlungen es nie an Energie fehlen lassen, Hamburg in die erste Ortsklasse zu bringen. In dem Widerstand der Unternehmer sind die Bestrebungen jedoch stets gescheitert. Dies mußte mit der Zeit eine starke Verbitterung bei der Hamburger Kollegenschaft auslösen, da es auf die Dauer nicht geht, die berechtigten Forderungen der Kollegenschaft abzuweisen. Hauelsen behandelte dann noch die innere Ausgestaltung der Organisation, wie sie durch den nächsten Verbandstag, der im Mai nächsten Jahres stattfinden soll, angestrebt werden müsse. Er appellierte an die Hamburger Kollegenschaft, die von jeher an der inneren und äußeren Ausgestaltung der Organisation den lebhaftesten Anteil genommen habe, dieses auch diesmal wieder zu tun, damit es möglich werde, auf dem kommenden Verbandstage fruchtbar zu arbeiten zu leisten. Redner erteilte für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Hierauf kam Kollege Küster eingehend auf die Lohnbewegung in den Buchdruckereien zu sprechen und teilte mit, daß bereits 11 Firmen mit 300 Beschäftigten die Forderungen bewilligt haben. Im Auslande befinden sich jetzt noch 450 Buchbinder und Buchbinderarbeiterrinnen. Insgesamt befinden sich rund 5000 Personen im Auslande. In der recht lebhaft geführten Diskussion brachten alle Redner den Streikenden die vollste Sympathie zum Ausdruck und bezeichneten die in den Reichstarifverträgen enthaltenen Lohnsätze für Hamburg-Altona für völlig ungenügend. Beschlossen wurde, daß die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen 100 Mark und die Kolleginnen 75 M. an die Streikfasse abzuführen haben. Weiter soll ein Extraprüfung in Höhe von 20 M. von allen übrigen männlichen Mitgliedern und 10 M. von allen weiblichen Mitgliedern pro Woche erhoben werden. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Vorgänge im Buchdruckgewerbe endlich doch dazu führen müßten, daß die Arbeiter zur Förderung des graphischen Industrieverbandes mehr als bisher betrieben werden. Es besteht die Gefahr, daß der Kollegenschaft in den Buchbinderien, die an den Streik nicht beteiligt sind, Streikarbeit zugemutet wird. Wir erfordern bringen, vorkommendenfalls dieses unerzöglich im Bureau zu meiden.

Hannover. Auf dringendes Verlangen der Mitglieder fand am 5. Oktober eine von über 2000 Personen besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich in eingehender Weise mit der gegenwärtigen Teuerung und mit den in letzter Zeit getätigten Tarifabschlüssen beschäftigte. Kollege Stornader legte eingehend dar, mit welchen Schwierigkeiten der Tarifausschuß — bei den Interessengruppen der sechs Arbeitgeberverbände unter sich — beim Abschluß des Lohnabkommens zu kämpfen hatte. Im Buchdruckgewerbe liege die Sache wesentlich günstiger für die Arbeiterchaft. Hier stehe nur eine Arbeitgeberorganisation der Arbeiterchaft gegen-

über und wenn einmal etwas nicht klappt, seien Reichsregierung und Behörden helfend bei der Hand. — In den schärfsten Worten wandte sich eine Anzahl Redner gegen das Verhalten der Arbeitgeber. Es kam zum Ausdruck, daß die Kollegenschaft den Reichstarif nicht vermisst, daß sie aber die gegenwärtigen Tariflöhne für völlig unzureichend hält. Es sei auch unerträglich, daß gerade die Buchbinderarbeiterschaft, von der eine weit intensivere Arbeitsleistung verlangt werde als von den übrigen Branchen des graphischen Berufes, heute in der Entlohnung unter den ungelernten Hilfsarbeitern rangieren solle. Es konnte mitgeteilt werden, daß angefangen dieser unhaltbaren Verhältnisse von einer größeren Firma am Orte der Kollegenschaft bereits eine Ausgleichszulage gewährt worden sei. Den Einwand der Arbeitgeber, daß die Industrie eine größere Belastung nicht tragen könne, kann die Verfassung als berechtigt nicht anerkennen, denn die Tarifabschlüsse im Steindruck- und Buchdruckgewerbe beweisen das Gegenteil. Was den Steinbrüdern und Buchdruckern recht ist, muß der Buchbinderarbeiterschaft, von der die intensivste Arbeitsleistung verlangt wird, billig sein. Die Buchbinderarbeiterschaft nimmt für sich in Anspruch, in hervorragendem Maße an der Leistungsfähigkeit der hannoverschen graphischen Industrie beteiligt zu sein und verlangt deshalb mit aller Entschiedenheit eine ihrem Werte und ihrer Bedeutung entsprechende Behandlung und Bezahlung. Die Versammlung richtet deshalb an die hannoverschen Arbeitgeber und an die Leitung des Verbandes und den Tarifausschuß die dringende Forderung, daß unverzüglich in neue zentrale Verhandlungen eingetreten wird, um das in Leipzig unter solchen Voraussetzungen abgeschlossene Lohnabkommen in einer der Notlage der Arbeiterschaft gerecht werdenden und ihren Bedürfnissen entsprechenden Weise abzuändern.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Hannover. Eine am 26. September stattgefundene, sehr gut besuchte Liniererverammlung nahm Stellung zum neuen Leipziger Lohnabkommen. In eingehender Aussprache wurde festgestellt, daß die erfolgten Zugeständnisse in keiner Weise geeignet sind, die notwendigen Lebensbedürfnisse der Kollegenschaft zu befriedigen. Die hannoverschen Linierer erkennen an, daß unsere Vertreter ihre Schuldigkeit getan haben. Dessenungeachtet können sie sich mit dem geringen Ergebnis nicht einverstanden erklären. Nachstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

„Die am 26. September tagende aufbesuchte Liniererverammlung nimmt mit lebhaftem Protest von dem minimalen Ergebnis des Leipziger Lohnabkommens Kenntnis. Sie erwartet, daß der Zentralvorstand bemüht sein wird, neue zentrale Tarifverhandlungen herbeizuführen, um einen den heutigen Leuerungsverhältnissen entsprechenden Lohn zu vereinbaren.“

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß zurzeit großer Mangel an Linierern vorhanden ist, was zur Folge hat, daß verschiedene Firmen sich bemühen, weibliche Arbeitskräfte an die Liniermaschinen zu bekommen.

Leer. Am 4. Oktober fanden sich die in Leer in Ostfriesland beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Papierwarenfabriken zusammen, um die Gründung einer Zastelle des Verbandes vorzunehmen. Kollege Hein-Hamburg erläuterte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und führte aus, daß dadurch, daß es immer noch Orte gibt, in denen Berufsangehörige beschäftigt werden, die aber noch nicht den Weg zu unserer Organisation gefunden haben, es möglich sei, daß die Arbeiterschaft nicht die ihnen zustehenden Löhne erhielten. Heim forderte die überaus zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen auf, treue Mitglieder unserer Organisation zu werden und schloß mit dem Wunsche, daß es der neuen Zastelle gelingen möge, für die Kollegenschaft eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung herbeizuführen. Bei der darauf vorgenommenen Wahl wurde Kollege Beel zum Vorsitzenden, Kollege Wichmann zum Kassierer und Kollegin Möller zum Schriftführer einstimmig gewählt. Es wurde dann Heim beauftragt, durch die Gauleitung den beiden Firmen in Leer (W. Neemann und Gebr. Warnke) sofort die Aufforderung auf Anerkennung des Reichstarif für die Papierausstattungsindustrie, Ortsklasse III, zu unterbreiten und mit allen Mitteln diese Forderung baldmöglichst durchzusetzen. Nach kurzen aufmunternden Worten des neugewählten Vorsitzenden als auch des Kassierers, die beide versprachen, ihr Bestes für die Kollegenschaft zu tun, konnte die neue Zastelle mit fast 100 Mitgliedern ihre erste Zastellenversammlung schließen. Wege der gute Geist, der sich an diesem Abend gezeigt, auch weiterhin in der Zastelle herrschen.

Leipzig. Die am 3. Oktober versammelte Arbeiterschaft der Kartonnagen- und Eiswarenbranche nahm den

Bericht des Kollegen Thalheim über die letzten Lohnverhandlungen in Weimar entgegen. Der Bericht ließ erkennen, daß die Bemühungen unserer Vertreter etwas größeren Erfolg zeigten, als es bei den Verhandlungen im August der Fall war. In der Debatte betonte Adler, daß wir auch mit dem jetzt vorliegenden Refusiat noch weit hinter den ortsüblichen Löhnen zurückstehen. Er hob hervor, daß nach dem getroffenen Abkommen jetzt ein Hilfsarbeiter über 21 Jahre in Leipzig einen Stundenlohn von 5,05 Mk., in Berlin aber 6,80 Mk. bekomme. Er betont, daß 1,75 Mk. pro Stunde Differenz zwischen Berlin und Leipzig ein unhaltbarer Zustand sei. Leipzig könne nicht in der Ortsklasse gelassen werden, welche wohl die Ziffer 2 führt, aber an dritter Stelle rangiert. Er machte den Vorschlag, die hiesige Ortsverwaltung zu beauftragen, örtliche Verhandlungen auszunehmen, um andere Lohnzuschläge für Leipzig zu erreichen. Sollten die Bemühungen erfolglos sein, dann möge es mit dem Ablauf des Reichstarif am 31. März 1922 sein Bewenden für Leipzig haben. Schoensfeld wandte sich dagegen. Das Solidaritätsgefühl könne es nicht zulassen, daß wir uns außerhalb des Reichstarif stellen. In seinem Schlusswort sprach auch Thalheim gegen den Vorschlag. Er brachte zum Ausdruck, daß es mit dem Abschluß des Tarif bis 31. Dezember nicht anders gehandhabt werden kann als bei bisherigen Abschlüssen.

Dann wurden Ergänzungswahlen zur Branchenkommission und Schiedsgerichtskommission vorgenommen. Mit einem Hinweis auf die Ablieferung der Volksausbeiträge und mit einer Mahnung zum reiflichen Ausbau der Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Pforzheim. Am 6. Oktober fand hier eine Versammlung der Eiswaren- und -arbeiterinnen statt. Kollege Mann gab den Bericht über die Verhandlungen in Weimar in sachlicher Weise. Anschließend berichtete Kollege Dietrich über die am 5. Oktober mit den Fabrikanten gepflogenen Verhandlungen. Hieraus war zu ersehen, daß die Fabrikanten sich sehr lörrig zeigten und in den Zugeständnissen nur soweit gingen, den Eisarbeitern den Minimallohn der Goldschmiede zu bewilligen. In der Goldbranche wird aber bedeutend über das Minimum bezahlt, was bei den Eisarbeitern nicht der Fall ist. In der folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, das Verhalten der Fabrikanten auf das schärfste zu bekämpfen, und es wurde kein Hehl daraus gemacht, eventuell zum Streik zu greifen.

Die Versammlung lehnt eine Sonderregelung der Arbeitslöhne auf das entschiedenste ab und beauftragt die Ortsverwaltung, sofern die auf Grund des Reichstarif und des Weimarer Abkommens festgesetzten Löhne und Teuerungszulagen nicht zur Auszahlung kommen, die Differenzbeträge einzuklagen.

Tullingen. Im größten Betrieb der Kartonnagenbranche, der Firma Mich. Birk, herrschen Zustände, die unbedingt einmal der Öffentlichkeit unterbreitet werden müssen. Der Maßstab für die unhaltbaren Zustände ist der ungewöhnlich starke Wechsel des weiblichen Personals. Nur von vielen einige Beispiele aus diesem Betrieb.

Die Gewerbeinspektion hat schon mehrere Male beanstandet, daß keine Notausgänge vorhanden sind und daß in den Sälen zu viel Personal ist. Aber hieran störte sich die Firma nicht, sondern sie gab für die Nichtausführung wirtschaftliche Gründe an, trotzdem sich das Unternehmen glänzend entwickelt hat. Der Firma ist nunmehr eine oberamtliche Auflage gemacht worden. Ein Arbeitsrat befindet sich in einem miserablen Zustand; er ist mit Spinnweben verjährt und so schwarz, wie eine Räucherlampe.

Die Arbeiterorganisation liegt dem Inhaber allem Ansehen nach sehr im Magen. Es ist von unorganisierten Seite aus bei dem weiblichen Personal das Gerücht verbreitet, daß Herr Birk die Unorganisierten lieber hätte und eventuell diesen noch höheren Lohn geben würde. Der Firma ist von der Organisationsleitung die klare Frage gestellt worden, ob dies zutrifft und ob die betreffende Person auftragsgemäß handle. Eine klare Antwort ist nicht erfolgt, aber seine Stellung zur Organisation hat Herr Birk bei einer Betriebsversammlung doch ziemlich unerbötlich zum Ausdruck gebracht. Er wurde in derselben wegen seiner Stellung zu den Unorganisierten befragt und er führte dann aus, daß die Arbeiterschaft in keinem Verbands zu sein brauche, denn sie erhalte die Reichstariflöhne doch. Der Verband könne hierbei doch nichts nützen, weil — die Löhne von der Fabrikantenorganisation beschlossen würden. Dabei ist Herr Birk 2. Vorsitzender der württembergischen Kartonnagenfabrikanten und stellvertretendes Tarifabschlußmitglied. Er schätzt seine Arbeiterschaft als so unmissbar ein, daß er glaubt, diese hätte von Tarifen und wie diese zustande kommen, keine Ahnung. Als die Person, die hauptsächlich die Unmöglichkeit der Organisation propagiert, in den Meisterinnenstand erhoben wurde, meinte er,

daß diese die einzige ehrliche Person im Betrieb wäre. Deshalb hätte er ihr auch das Amt gegeben; und dabei haben alle Meister abgelehnt, die ja Gelehrte als Meisterkollegen anzuerkennen. Es wäre noch so manches zu berichten, doch wollen wir es bei dem Angeführten bewenden lassen. Nur geben wir Herrn Birk den guten Rat, endlich von den Fortriebsmagimen abzulassen, sonst könnte er mal unangenehme Erfahrungen machen. Der Arbeiterschaft aber rufen wir zu: Sorgt dafür, daß es im Betrieb auch in Zukunft keine Unorganisierte mehr gibt.

Rundschau.

Gewerkschaftskongress. Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis 24. Juni 1922 stattfinden. Tagesordnung und Tagungsart sind noch nicht festgesetzt.

RWK. Der erste Kongress des Afa-Bundes. Auf dieser am 2. und 3. Oktober in Düsseldorf stattgefundenen Tagung wurde die bisher schon in loser Form bestehende Arbeitsgemeinschaft der auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Angestelltenvereinigungen zu einem festen Bande, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) zusammengeschweißt. Gemeinsame Interessen und die Tatsache, daß die Angestellten nur in einer Front ihre Existenzmöglichkeiten verbessern und sichern können, haben zur Bildung dieser Spitzenorganisation geführt. Darüber hinaus ist dieser Kongress für die allgemeine Arbeiterbewegung außerdem von großer Bedeutung, da auf demselben ein Kartellvertrag mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Arbeiter, beschlossen wurde, so daß nunmehr die freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten eine geschlossene Front dem Kapitalismus entgegenstellen und bei der Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands das Gewicht ihrer neun Millionen Mitglieder in die Waagschale werfen können. Die Bedeutung der freien Angestelltenbewegung ergibt sich aus der Tatsache, daß die nunmehr im Afa-Bund zusammengeschlossenen Organisationen vor dem Kriege 60 000, jetzt jedoch mehr als 700 000 Mitglieder haben.

Den geistigen Höhepunkt des Kongresses bildeten das Referat und das Schlußwort Professor Einzheimers über die „Fortbildung des Arbeitsrechts“. Die organisatorisch wichtigsten Beschlüsse des Kongresses betreffen die Schaffung einer Sähung und die Zustimmung zu dem Kartellvertrag mit dem ADGB.

In seinem Referat über die Fortbildung des Arbeitsrechts führte Dr. Einzheimer aus, daß nur eine gut organisierte Arbeiterschaft sich gegenüber dem organisierten Kapital behaupten könne. Der niedrigste und höchste Arbeitnehmer sei abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen, alle können nur durch Verkauf ihrer Arbeitskraft an den Kapitalismus ihre Existenz fristen, so daß alle Arbeitnehmer gleiche Interessen zu vertreten haben. Der Mensch sei nicht Mittel zum Zweck, sondern die Wirtschaft sei für die Menschen vorhanden. Um Menschenrechte wahrzunehmen, ist das Koalitionsrecht nötig. Das alte Arbeitsrecht hat aus Sonderrechten einzelner Gruppen der Arbeitnehmer bestanden, die verschiedene Regelung ist ganz ohne innere Gründe erfolgt. Erst seit der Revolution ist dies im Prinzip anders geworden. Neben der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts fördern wir nunmehr auch einheitliche Arbeitsbehörden. Eine der strittigen Fragen ist, ob die Organisation der Arbeitsgerichte eingetüft werden soll in die ordentlichen Gerichte oder ob der Anschluß an die zu schaffenden Arbeitsbehörden erfolgen muß. Bei den vorhandenen Gesetzen sei vielfach die Organisation besser als die Menschen, welche sie durchzuführen. Tarifabschlüsse und Schlichtungsausschüsse sollten in erster Linie alle Fragen des Arbeitsverhältnisses regeln. Träger des Tarifrechts müßten von den Arbeitgebern unabhängige Gewerkschaften sein, von den Wirtschaftsärzten sind die Funktionen der Arbeitsbehörden zu übernehmen, die den Ministerien bislang zustehende Verordnungsgewalt den Wirtschaftsärzten zu übertragen, um die Durchführung der Gesetze in Sinne der Allgemeinheit zu sichern. Die Arbeit ist nicht eine private, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit. Der Arbeiter darf nicht länger Spielball der Unternehmerwillkür sein, der Mensch ist das höchste soziale Gut. Der Vorschlag Stegerwalds, Gewinnbeteiligung und Kleinaktie einzuführen, bedeute einen Versuch der Arbeiternehmer zugunsten des Kapitalismus. Planvolle Durchführung der Wirtschaft ist notwendig, an dem Volkstugendtag dürfe nicht gerüttelt werden. Im Schlußwort stellt der Referent fest, daß das in Deutschland zu setzende Arbeitsrecht in der Welt noch ohne Vorbild sei. Alle elementaren Lebens- und Kulturbedingungen müssen gelemäßiges Recht jedes einzelnen Menschen werden. Die Regelung der Wirtschaft ist auch eine politische Angelegenheit und eine Weltanschauungsfrage, aber auch nicht nur eine

Frage der Macht, sondern in hohem Grade des Willens und des Wissens. Viele beneiden uns um unsere Gewerkschaften und um unsere Führer. Wissen ist Macht; die große Bedeutung des Betriebsrätegesetzes liegt nicht in den Paragraphen, sondern auf sozialpädagogischem Gebiet. Der Arbeiter dürfe nicht nur Anspruch auf Lohn, sondern müsse auch ein Recht zur Teilnahme am Wirtschaftsleben haben. Er müsse nicht ein Knecht bleiben, sondern ein Herr werden, Arbeitsrecht sei Volkssrecht geworden.

In der Diskussion wurden die von ihm vorgelegten Vorfälle einstimmig dem Afa-Vorstand als Material übermiesen. Ein Antrag auf Uebertragung der Rechte aus den §§ 84-89 des Betriebsrätegesetzes auf alle Arbeitnehmer wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Aus den einstimmig angenommenen freigewerkschaftlichen Grundfragen geht hervor:
Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern:

1. Die rückhaltlose Anerkennung des Vorrachts des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes.
2. Die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit.
3. Die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung.
4. Die gemeinschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung.
5. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Das zweite große Referat der Tagung hielt Lehmann, Geschäftsführer des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen, über die Neuordnung der Sozialversicherung. Der Kongress machte sich die vom Referenten vorgelegten Vorfälle zu eigen. Der Kongress forderte grundsätzlich eine Umgestaltung der heutigen Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volkssicherung. Eine Resolution, welche die Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung fordert, wurde angenommen. Lüdemann schilderte den Aufbau der geplanten Wirtschaftsschulen und Mörpel wies auf die Gewerkschaftsturse am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster hin und gab einen Ueberblick über die gewerkschaftlichen Betriebsratschulen. Die Vorfälle über die Neuordnung der Sozialversicherung sollen gemeinsam vom ADGB und Afa-Bund aufgestellt werden.

Der Internationale Buchdruckerkongress zur Frage des Industrierverbandes. Der vom 5. bis 9. September in Wien stattgefundene Internationale Buchdruckerkongress hatte auch zur Schaffung von Industrierverbänden Stellung zu nehmen. Das Referat hielt von der Wai vom Niederländischen Typographenbund. Der Industrierverband, so führte er aus, könne unter bestimmten Voraussetzungen empfehlenswert sein, im allgemeinen sei das jedoch eine Frage der Zweckmäßigkeit. Manche betrachten den Industrierverband als das Mittel, für die Arbeiter eher bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, andere, um die Arbeiterschaft für revolutionäres Handeln empfänglicher zu machen. In jeder größeren Ornamentalen seien Gruppen vorhanden, die sich auf dem Lohngebiete vorbringen, das wäre jedoch für den Industrierverband ein Hindernis; völlige Gleichheit der Löhne lasse sich allerdings schwer durchführen und sei meistens an den realen Tatsachen gescheitert. Der Zusammenschluss in Industrierverbände führe leicht zur Machtüberschätzung, andererseits werde die Werbekraft geringer als für den Berufsverband. Unstimmigkeiten lassen sich in der Berufsorganisation eher beseitigen als im Industrierverband. Dieser sei für kleine Verhältnisse nutzbringend, vereinfache und verbillige hier auch die Verwaltung. Man müsse in dieser Frage sehr vorsichtig sein und den einzelnen Ländern nach ihren Verhältnissen die Freiheit der Entscheidung lassen. Förderativ verbundene Verbände können von größerem Nutzen sein als das Aufgehen der Organisationen in einen Industrierverband ohne weitgehende Voraussetzungen dazu. Folgende vom Referenten vorgelegte Resolution wurde angenommen:

„1. Die Frage der Gründung von Industrie- oder Berufsverbänden ist nur von taktischer, nicht aber von prinzipieller Bedeutung. 2. In kleinen Ländern mit wenig Buch- und Papierarbeitern kann einem Industrierverband aus finanziellen Erwägungen der Vorzug gegeben werden. 3. Im allgemeinen ist es aber nicht empfehlenswert, die Gründung von Industrierverbänden künstlich zu fördern. 4. Solange Nebenbranchen der Buch- und Papierindustrie noch zum großen Teil in speziellen Betrieben ausgeübt werden, sind die Berufsorganisationen zur Innehaltung der freien Gewerkschaften in diesen Nebenbranchen zu empfehlen, weil so die Werbekraft der verschiedenen Gruppen größer bleibt. 5. Wo für die verschiedenen Gruppen der Buch- und Papierindustrie spezielle lebenskräftige Berufsverbände bestehen und aufrechterhalten werden, ist aber eine enge föderative Verbindung anzustreben.“

Lohnverhandlungen im Steinrudrgewerbe. Die für den 3. September vereinbarten neuen Lohnverhandlungen für das deutsche Lithographie- und Steinrudrgewerbe konnten nach rund 15stündiger Verhandlung durch den Abschluß einer neuen Lohnvereinbarung beendet werden. Die Gehilfenschaft, die auf Beschluß der Verhandlungsteilnehmer eine Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne von 80 Mf. in der Woche stellte, stieß mit ihrer Forderung auf den stärksten Widerstand der Unternehmer, die fortgesetzt beteuerten, daß das Gewerbe eine solche Belastung nicht ertragen könne. Die Verhandlungen, die noch durch das Aufkommen verschiedener Streiks erschwert wurden, gestalteten sich deshalb äußerst schwierig. Trotzdem konnte noch in später Abendstunde folgende Vereinbarung getroffen werden:

Auf die am 1. September tatsächlich gezahlten Wochenlöhne werden folgende Zulagen gewährt:
Für Gehilfen unter 24 Jahren vom 1. September 30 Mf., vom 16. Oktober 40 Mf., vom 1. bis 31. Dezember 50 Mf.; für Gehilfen über 24 Jahre vom 1. September 40 Mf., vom 16. Oktober 50 Mf., vom 1. bis 31. Dezember 60 Mf.

Bei Arbeitszeitverkürzung wird die Zulage anteilig vermindert.
Derliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Die Kostgenschädigung der Lehrlinge ist um 10 Mf. in der Woche dergestalt erhöht worden, daß dort, wo schon auf die bestehenden Sätze Zuschläge gezahlt werden, diese bis zu 10 Mf. aufgerechnet werden können. Die Mindestentschädigung für Lehrlinge beträgt also: im 1. Lehrjahre 30 Mf., im 2. Lehrjahre 40 Mf., im 3. Lehrjahre 55 Mf. und im 4. Lehrjahre 70 Mf.

Günstige Erfahrungen mit dem Achtstundentag. Bei den Unternehmern und vielen gedanklosen Schwärmern ist es geradezu zur Mode geworden, den Achtstundentag als die Wurzel alles Übels zu bezeichnen. Da tut es geradezu wohl, wenn man vernimmt, daß es auch andere Urteile gibt. Man darf diese günstigen Urteile um so höher bewerten, wenn sie von Unternehmern oder von Gewerbeaufsichtsbeamten stammen.

In dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1920 wird auch über die Wirkung des Achtstundentages berichtet. Es befinden sich darin sehr beachtliche Mitteilungen über günstige Erfahrungen mit der achtstündigen Arbeitszeit. So wird aus dem Regierungsbezirk Bauen mitgeteilt, daß dort eine Leinweberei nur fünf Tage zu je acht Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Webstühlen ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in fünf Tagen daselbe erzielt wird, wie früher in sechs Tagen. In der Strickerabteilung dieses Unternehmens wird jetzt, so heißt es weiter, nicht nur in acht Stunden daselbe geleistet wie früher in zehn, die Arbeiter sind jetzt auch viel sauberer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Augen und Nerven nicht in dem Maße anstrengt werden wie früher bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. Ein Glasbläsermeister in demselben Bezirk hat bekundet, daß die Stücklohnarbeiter jetzt bei acht Stunden daselbe leisten, wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. Eine Waggonfabrik hat ebenfalls festgestellt, daß durch die Einführung des Achtstundentages zwar die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen ist. Neben ungünstigen, in der Hauptsache auf Kurzfristigkeit zurückzuführenden Urteilen finden sich in dem erwähnten Jahresbericht noch mehr Feststellungen, über günstigere Erfahrungen mit dem Achtstundentag. Erwähnt sei noch die Mitteilung aus dem Kreise Chemnitz, wonach dort der Achtstundentag bei den Arbeitgebern immer mehr Freunde gefunden habe, und die Auslassung eines Direktors einer großen Leinwandfabrik im Weiskener Bezirk, der betonte, die Einführung des Achtstundentages „sei keineswegs eine der Industrie schädliche Errungenschaft“.

In einer Zeit, wo industrielle Scharfmacher dem Achtstundentag zur Leibe gehen möchten, sollten solche oder ähnliche Beurteilungen nicht unbeachtet bleiben.

Kleinwohnungsbau und Einkommensteuer. Um zum Bau von Kleinwohnungen anzuregen, bietet der § 59 des Einkommensteuergesetzes Steuererleichterungen, die nicht genügend beachtet werden. Erstens kann ein Steuerpflichtiger, der selbst Kleinwohnungen baut oder bauen läßt, einerlei ob zum Selbstbewohnen oder zum Vermieten, alle Aufwendungen für diese Kleinwohnungen, die bis Ende 1923 baulich beendet sind, von seinem steuerbaren Einkommen absetzen. Die Kleinwohnungsbauten (90 bis 100 Quadratmeter Wohnfläche für Wohn- und Schlafräume und Küche, außer den Nebenräumen in ortsüblichen Grenzen) müssen für mindestens 15 Jahre für den gedachten Zweck nutzbar sein. Bei früherer Veräußerung des Hauses muß der Gewinn entsprechend versteuert werden. Zweitens werden auch Zuwendungen an gemeinnützige Vereinigungen und Gesellschaften zur

Förderung des Kleinwohnungsbaues steuerlich begünstigt, da alle Beträge abzugsfähig sind, die bis 1923 solchen Vereinigungen zugewendet werden, die sachungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken. Die Veranlassung des Finanzministers vom 12. Juni 1921 erweitert diese Bestimmung noch insoweit, als auch einschließlich 1923 an Länder, inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gemachte Zuwendungen zum Einkommen abgesetzt werden können. Weiter ist bestimmt, daß den genannten Vereinigungen, Körperschaften und Stiftungen ausschließlich für den gedachten Zweck gemachten Zuwendungen von der Erb- anfall- oder Schenkungssteuer befreit sind. Damit diese Steuerbefreiungen auch wirklich nur auf solche Zuwendungen angewandt werden, die der Erstellung von Kleinwohnungen dienen, ist eine Reihe von Sicherungsbestimmungen geschaffen worden. Es ist nur zu wünschen, daß die zur Belebung des Kleinwohnungsbaues gewährten Steuererleichterungen in weitesten Kreisen bekannt werden, um den Baugenossenschaften und dergleichen die nötigen Kapitalien zufließen zu lassen.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Juda. R.: Fr. Kanzer, Schildbestr. 20; K.: J. Döring, Simpliciusstr. 2.
Krefeld. H.: J. Kröckert, Hüls b. Krefeld, Märkerstr. 27; K.: G. Lehmann, Krefeld, Alte Linnerstraße 124.
Eeer i. Offriesl. R.: Anton Beck, Westermannsweg 7; K.: Karl Wichmann, Hintenbergstr. 1d.
Münster i. Westf. B.: R. Sieland, Domringstraße 11; K.: R. Göbler, Brüderstr. 33 111.
Neustadt a. d. S. B.: A. Hofmann, Gabelsbergerstraße 17; K.: A. Menzel, Mehrgasse 5.

ANZEIGEN

Erfahrenen Buchbinder,
der sozialistische Stimmung hat und für einige Zeit zu günstigen Bedingungen nach Weilm (Frankreich) gehen will, sucht
Dr. Jätsche
Berlin, Hinterstraße 10.
Wanteuffelstr. 10.

Grüne u. blaue Buchbinder-schürzen
Sichert i. erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugpreisen an jeder d. Zig. für Männer, Gr. 60/100, mit Band od. Reim, Mt. 25,- d. Stk.

Herrn. Glasmacher
für Toilette- und Manufaktur-Gläser für dauernd gesucht.
H. Stallmann, Glasmafabrik
Frankfurt a. M.
Gr. Fischgraben 15.

Frauen-Neiderschürzen
in Blauweiß oder gelblich. Gr. 44/46/48, Mt. 85,- bis 95,- d. Stk. je nach Größe u. Ausführung.
A. C. Volz
Berlinschürzenfabrik.
Friedrichstr. 77, Tel. 2355
Berl. Str. 107, Postf. 107, Tel. 107.

Guterhaltene ganzautomatische Bogensatzmaschine
für 3 Druck tadellos betriebsfähig zu kaufen gesucht.
Angebote mit äußerstem Preis unter **N. J. 1042** an **Duboff Wolff, Erfurt.**

Anzeigen
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingezahlt ist

Zabitzke Berlin. Laubkummenektion.
Am Freitag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei S g w i n g e, Alexandrinenstr. 58, die **Monatsversammlung** aller Laubkummens. statt.
Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich!
Wichtigste, Obmann.

Wiril Klebstoffe
sind Allen voran
Klebstoffe für jeden Zweck: Kautschuk- u. Gummikleber, Knochen- und Lederleime, Chem. Techn. Werke Willybald Richter
Quersr. 4-6 Leipzig Quersr. 4-4 Tel. 3049, 1248.
Zur Messe: Zeisighaus, I. Obergesch., Stid. 74/76.

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 43

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1.50 M., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Moripost 9653.

Berlin, den 23. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonietzeile 3 Mark; für Werbungsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Die Feststellung der Branchenangehörigen und Betriebe ist jetzt die wichtigste Aufgabe aller Zahlstellen und der Kollegen in den kleineren Orten mit Einzelmitgliedern! Von jedem Ort, in dem Berufsangehörige beschäftigt sind, muß ein Fragebogen eingesandt werden!

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 43. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Vor Arbeitsannahme oder Zureise hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und dort nähere Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Der nächste Verbandstag

soll nach einem Beschluß des Vorstandes und unter Zustimmung der Beiratsmitglieder am

14. Mai 1922 in Kassel

beginnen. Die Tagesordnung und alles weitere wird später bekanntgegeben.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Fertigstellung der Quartalsabrechnungen. Die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre machen wir darauf aufmerksam, daß die Abrechnungen für das 3. Quartal unverzüglich fertigzustellen und nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren sofort an die Verbandskasse einzusenden sind.

Bei Fertigstellung der Abrechnungen bitten wir dringend, die in unserem Rundschreiben Nr. 245 gegebenen Anweisungen bezüglich der Berechnung der Extrabeiträge und der den Zahlstellen verbleibenden Beitragsanteile genau zu beachten.

Die bis zur Woche 35 im Gebrauch gewesenem alten Beitragsmarken ohne Extrasteuer sind mit der Abrechnung vom 3. Quartal an die Verbandskasse einzusenden, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft mit zu verrechnen sind.

Von den örtlichen Bevollmächtigten erwarten wir, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Abrechnungen pünktlich und gewissenhaft ausgeführt werden, so wie es die im Handbuch gegebenen Anweisungen befehlen. Die Revisoren sind verpflichtet, die Abrechnungen und die vorgelegten Belege peinlich gewissenhaft zu prüfen und insbesondere sich auch davon zu überzeugen, ob die am Tage der Revision vorhanden sein sollenenden Bestände an Geld und Wertgegenständen auch tatsächlich vorhanden sind.

Die Gau- und Bezirksleiter ersuchen wir, darüber zu wachen, daß die zu ihrem Bezirk gehörenden Zahlstellen ihren statutarisch auferlegten

Verpflichtungen und den von uns gegebenen Anweisungen entsprechen.

2. Einfindung der Verbandsgelder. Infolge der erhöhten Beiträge haben alle Zahlstellen mit größeren Einnahmen als bisher zu rechnen. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats, an die Verbandskasse einzusenden.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür befohlen zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenutzt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge wöchentlich in

	Beitragsklasse			
	4 u. 5	3	2	1
Vernburg	50 Pf.	30 Pf.	20 Pf.	— Pf.
Ebersbach-Neugersdorf	100 „	30 „	30 „	30 „
Göhring	50 „	30 „	30 „	30 „
	Beitragsklasse			
	5	4	3	2
Ludwigsburg	80 Pf.	70 Pf.	50 Pf.	30 Pf.

In Saarbrücken tritt die Erhöhung der Lokalbeiträge, die in Nummer 42 der „Buchbinder-Zeitung“ bekanntgemacht wurde, von der 45. Woche ab in Kraft.

4. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik werden im Laufe der kommenden Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen gesandt werden, deren Rücksendung bis spätestens zum 6. November portofrei zu erfolgen hat. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 29. Oktober, für die Zählung der Kurzarbeiter dagegen die Woche vom 23. bis 29. Oktober.

Im übrigen bitten wir für die Beantwortung der Berichtskarten die diesbezüglichen Erläuterungen im „Handbuch für die Bevollmächtigten“ Seite 226—237 beachten zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

Neue Lohnverhandlungen mit den „Api“-Verbänden am 27. Oktober.

Die auch in den letzten Wochen weiter gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel haben dem Verbandsvorstand eine große Zahl von Zuschriften aus den verschiedensten Verwaltungsstellen unseres Verbandes eingebracht, in denen in entschiedener Weise die Forderung erhoben wurde: Neue Lohnverhandlungen mit den „Api“-Verbänden. Der Verbandsvorstand sah sich daher veranlaßt, in den letzten Septembertagen den Vorständen der „Api“-Verbände den Vorschlag zu machen, trotz des derzeit gültigen Lohnabkommens

die Frage zu prüfen, inwieweit es möglich sei, schon jetzt wieder eine weitere Erhöhung der Löhne herbeizuführen.

Da schon gelegentlich der letzten Lohnverhandlungen beschlossen war, in den Tagen vom 11. Oktober ab die Anträge der Gehilfenschaft auf Abänderung des Ortsklassenverzeichnisses zu beraten, benutzten unsere Vertreter diese Tagung, die sehr brennende Lohnfrage in den Vordergrund der Verhandlungen zu stellen.

Am 11. Oktober wurde deshalb in Eisenach den ganzen Tag über darüber verhandelt, ob und wann die Unternehmer bereit seien, die von uns geforderten Lohnverhandlungen zu führen. Unsere Vertreter stellten sich auf den Standpunkt, daß dies sofort geschehen müsse. Mit Nachdruck wurde unsererseits darauf hingewiesen, daß der heutige Zustand unhaltbar sei, daß beispielsweise in den Buchdruckereien die Hilfsarbeiter einen höheren Lohn beziehen wie die gelernten Buchbinder. Wir wiesen darauf hin, daß die Löhne unserer Mitglieder in gar keinem Verhältnis mehr zu den Löhnen der Buchdrucker stehen und erklärten den Arbeitgebern, daß der Friede im Gewerbe nicht mehr gehalten werden könne, wenn nicht unverzüglich eine weitere den Verhältnissen entsprechende Steigerung der Löhne eintrete.

Demgegenüber stellten sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt, daß sie sofortige Lohnverhandlungen unter gar keinen Umständen führen könnten. Zunächst einmal bestände das erst am 4. September abgeschlossene Lohnabkommen. Man habe bisher noch gar keine Möglichkeit gehabt, mit den Mitgliedern in Verbindung zu treten. Es müsse unter allen Umständen wenigstens soviel Zeit gegeben sein, daß die Unterhändler der Arbeitgeber sich mit ihren Kollegen verständigen könnten.

Nach langen Einzelberatungen der Parteien verständigte man sich schließlich dahin, daß neue Lohnverhandlungen in der nächsten Woche, und zwar am 27. Oktober stattfinden sollen.

Am 12. Oktober begannen dann die Beratungen über die Anträge zum Ortsklassenverzeichnis. Diese Verhandlungen gestalteten sich ungescheuer schwer. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend wurde um jeden einzelnen Pfennig gestritten. Unsere Vertreter haben es an nichts fehlen lassen. Es wurde jedes, aber auch jedes Register gezogen. Nichts blieb unerwähnt. Die Löhne der übrigen Arbeiterschaft, die wahnsinnige Teuerung, die von allem Anfang an erfolgte unrichtige und ungerechte Einteilung im Verzeichnis usw.

Wir wollen anerkennen, daß es uns bei einem großen Teil von Plätzen gelungen ist, eine Verschiebung nach oben zu erlangen. Leider aber ist es uns auch diesmal nicht möglich gewesen, die Plätze zu verfehlen, auf die es uns so viel ankam, und von denen wir überzeugt sind, daß mit ihrer Einreihung unseren Mitgliedern bitteres Unrecht geschehen ist.

Zu dem folgenden Verhandlungsergebnis bemerken wir, daß die nicht aufgeführten Orte in der bisherigen Ortsklasse zunächst verbleiben müssen. Vor-

behalten haben wir uns, gelegentlich der kommenden Lohnverhandlungen die Frage noch einmal aufzurollen. Hoffentlich gelingt es uns dann noch, die Arbeitgeber eines besseren zu belehren. Weiter bemerken wir, daß wir durch diese heulige Veröffentlichung die uns gewordenen Zuschriften für erledigt halten.

Table with columns: Ort, Kreis, Kreiszahl, Ort, Kreis, Kreiszahl. Lists various locations like Achaffenburg, Brandis, Breslau, Erfurt, etc., with their respective Kreis and Kreiszahl.

August. Und zwar stieg die Reichsindexziffer von 1045 im August auf 1062 im September. Für Berlin ergab sich im September eine Teuerungszahl von 1056 Mt., für Hamburg eine solche von 1107 Mt. Unter Hinzurechnung der bei diesen Zahlen fehlenden Unkosten für Bekleidung und Sonstiges ergibt das für Berlin ein wöchentliches Existenzminimum von 406,15 Mt. oder 21 120 Mt. im Jahr; während dies in Hamburg sogar 425,77 Mt. pro Woche oder 22 140 Mt. pro Jahr betrug.

Nach den Berechnungen Dr. Kuczynskis stieg das wöchentliche Existenzminimum im September für Groß-Berlin um 10 Mt., auf 349 Mt. oder 18 200 Mark pro Jahr. Doch möchten wir hierbei erneut darauf hinweisen, daß die Ernährungsquote von Dr. K. so niedrig gehalten ist, daß es für den Durchschnittsarbeiter unmöglich ist, mit diesen bescheidenen Ernährungsmitteln auszukommen bzw. sich arbeitsfähig zu erhalten.

Berücksichtigt man dagegen die Ernährungsquote so, wie sie vor dem Kriege als maßgebend angesehen wurde und von R. Calmer in seinen Lebensmittelpreisen der Großen Nation auch jetzt noch fortgeführt wird, so stellt sich die Reichsindexziffer der Lebensmittelpreise auf 399,59 Mt. pro Woche. Wenn man nun diese Summe mit Rücksicht auf die hohe Ernährungsquote mit 60 Proz. des gesamten Existenzminimums in Ansatz bringt, so ergibt das ein Gesamtexistenzminimum von 666 Mt. wöchentlich oder 34 632 Mt. pro Jahr.

Uebereinstimmung herrscht darüber, daß die Erhöhung der Unkosten des Existenzminimums fast ausschließlich auf die enorme Steigerung der Lebensmittel zurückzuführen ist. Noch mehr dürfte wohl Uebereinstimmung darüber herrschen, daß allgemein die Lohnerbhöhungen nur den Lebensmittelerhöhungen hinterher gehn sind. Daraus ergibt sich aber die Unzulänglichkeit des oft erhobenen Einwandes, daß nur die hohen Löhne an den Steigerungen schuld seien.

Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1921.

Die bereits im Vormonat sich fühlbar machende erhebliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt hat erfreulicherweise im Monat September eine weitere starke Steigerung erfahren, und zwar ist sowohl die Zahl der Arbeitslosen wie der Kurzarbeiter stark zurückgegangen. Während im Vormonat noch 8398 = 10,7 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter gezählt wurden, fiel ihre Zahl im September auf 5249 = 6,5 Proz., und zwar die der Arbeitslosen von 2031 = 2,6 Proz. auf 1302 = 1,6 Proz., die der

Kurzarbeiter von 6367 = 8,1 Proz. auf 3948 = 4,9 Proz. Als Folge der günstigen Beschäftigung kann auch die weitere Mitgliederzunahme gebucht werden, die seit dem Vormonat rund 1800 betrug. Die Besserung des Arbeitsmarktes für das ganze 3. Quartal spiegelt sich auch bereits in der Gesamtzahl der Arbeitslosentage wieder, die mit 155 899 Tagen fast dem Stande vom 3. Quartal 1919 — dem günstigsten seit dem Kriegeende — gleichkommt. Besonders die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosenfälle hat erheblich abgenommen. Im Durchschnitt war die Dauer eines Arbeitslosenfalles bei den Männlichen 26,9 Tage, bei den Weiblichen 15,7 Tage und im Gesamtdurchschnitt nur 19,4 Tage, während der letztere im 3. Quartal 1920 noch 29,8 Tage betrug. Wenn trotzdem die Summe der gezahlten Arbeitslosenunterstützung gegenüber dem 3. Quartal 1919 um mehr als auf das Dreifache gestiegen ist und jetzt 180 042 Mt. erreichte, so ist das lediglich auf den starken Ausbau unserer Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen. Immerhin wurden im 2. Quartal d. J. noch 306 689 Mt. für den genannten Unterstützungszweck ausgegeben, mithin in diesem Quartal rund 127 000 Mt. weniger.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Schluß, Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1920, 1919, 1918). Rows include months from September 1920 to September 1921.

Wie sich die Verhältnisse in den einzelnen Gauen gestalten, zeigt untenstehende Tabelle.

Wie bereits erwähnt, ist die Zahl der Kurzarbeiter ebenfalls erheblich zurückgegangen.

Die 883 männlichen und 3064 weiblichen Kurzarbeiter verteilen sich diesmal nur auf 24 Orte.

Die Arbeitslosigkeit in unseren Verbänden im 3. Quartal 1921.

Large table with columns: Gau, Zahl der Mitglieder (männl., weibl., zus.), Zahl der Arbeitslosen (im ganzen Quartal, am letzten Schlußtag), Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt (an Personen, für Tage, Mt.), Jeder Arbeitslosentage (männl., weibl.). Rows list various regions like Nordosten, Schlesien, Danzig, etc.

Außerdem wurden 604 Orte neu in das Ortsklassenverzeichnis eingereiht, die wir einzeln nicht auflisten können.

Das Ortsklassenverzeichnis wird umgehend fertiggestellt.

Das Existenzminimum im September.

Nach den Geldberechnungen der Reichs-Teuerungstatistik ist die Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung im September weiter gestiegen, nämlich um 17 Punkte gegenüber dem Monat

* In den Zahlen, die nicht berichtet haben.